

Große Anfrage

der Abgeordneten Sven Lehmann, Ulle Schauws, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Claudia Roth (Augsburg), Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Maria Klein-Schmeink, Filiz Polat, Christian Kühn (Tübingen), Luise Amtsberg, Kordula Schulz-Asche, Canan Bayram, Renate Künast, Corinna Rüffer, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Britta Haßelmann, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Monika Lazar, Dr. Irene Mihalic, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Dr. Manuela Rottmann, Stefan Schmidt, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Margit Stumpp und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Soziale und gesundheitliche Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Deutschland

Dank des vielfältigen Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen und dank jedes einzelnen Coming-Out steigt nach Ansicht der Fragesteller seit Jahren die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Deutschland. In der vorliegenden Vorlage werden die Begriffe „transgeschlechtlich“ und „intergeschlechtlich“ verwendet. Damit sind auch alle Menschen gemeint, die als Selbstbezeichnung andere Begriffe benutzen wie „transsexuell“, „transident“, „trans*“ bzw. „intersexuell“, „inter*“ etc.

Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf LSBTI in den letzten Jahren, wie die Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts oder die „Dritte Option“ beim Geschlechtseintrag, haben zu einer größeren Sichtbarwerdung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geführt. Trotz alledem bleiben nach Ansicht der Fragesteller LSBTI eine vulnerable Gruppe in der Gesellschaft, die weiterhin Diskriminierung, Ausgrenzung bis hin zu Gewalt ausgesetzt ist.

Die staatliche Verfolgung und gesellschaftliche Ächtung hinterließ deutliche Spuren bei den betroffenen LSBTI. Für schwule Männer in der Bundesrepublik Deutschland brachte die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft 1945 nach Ansicht der Fragesteller keine wirkliche Freiheit. Sie konnten weiterhin inhaftiert werden, nun in einem demokratisch legitimierten Gefängnis. Menschen wurden bespitzelt, verhaftet und als Verbrecher behandelt, nur weil sie anders liebten als die Mehrheit. Ein bloßer Verdacht auf „widernatürliche Unzucht“ konnte Existenzen vernichten (§ 175 StGB: „weggefallen“ – nach 123 Jahren – Geschichte eines Schandparagrafen: <https://www.lsvd.de/de/ct/1022>).

Von der Strafverfolgung der Homosexuellen waren nicht nur die Männer betroffen, die verurteilt worden sind, sondern ganze Generationen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen. Die

Polizei nahm Personen, die Kontakt zu einem Verdächtigen gehabt hatten, in sogenannte Rosa Listen auf, und warnte oftmals proaktiv Arbeitgeber*innen und Behörden vor ihnen. Deshalb hatte das Bekanntwerden einer homo- und bisexuellen Identität oft den Verlust des Arbeitsplatzes oder andere schwere berufliche Nachteile zur Folge.

Polizeibehörden haben „Rosa Listen“ zum Teil bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts fortgeführt. Das Klima des Schreckens, das der Staat auf diese Weise erzeugt hat, war so wirksam, dass es sehr viele, auch nach der Aufhebung der Strafbarkeit für männliche Homosexualität in der Bundesrepublik Deutschland und für männliche und weibliche Homosexualität in der Deutschen Demokratischen Republik, nicht fertig gebracht haben, zu sich und ihrer eigenen Identität zu stehen (Adamietz/Bager im Auftrag des BMFSFJ: Regelungs- und Reformbedarf für transgeschlechtliche Menschen, 2017 und Krämer/Sabisch/Woweries: Varianten der Geschlechtsentwicklung, in: Kinder- und Jugendarzt, 2016, S. 2248 ff.).

Neben der Strafverfolgung wurden nach Ansicht der Fragesteller vom deutschen Staat auch menschenrechtswidrige Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit geduldet bzw. nicht geahndet. Intergeschlechtliche Menschen, die in der Regel mehrfachen Operationen insbesondere im Säuglings- und Kindesalter unterzogen wurden, berichten, dass sie sich als Opfer von Verstümmelungen sehen und ihre Gefühle, Wut und Hass sowie traumatische Erlebnisse noch Jahrzehnte lang und sehr intensiv erleben. Transgeschlechtliche Menschen mussten sich bis 2011 sterilisieren lassen und einer operativen Angleichung ihrer Genitale unterziehen, damit sie ihre kontrafaktische Geschlechtszuordnung anpassen durften. Das hat das Bundesverfassungsgericht als grundrechtswidrig kassiert. Dennoch werden sie bis heute pathologisiert und müssen sich einer unwürdigen und langwierigen Begutachtung nach dem Transsexuellengesetz (TSG) unterziehen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Auch die jahrzehntelange Pathologisierung hat zur Stigmatisierung, Ausgrenzung und Entwertung von LSBTI geführt und sich negativ auf deren soziale Situation sowie psychische Verfassung ausgewirkt. Erst 1992 wurde Homosexualität aus dem Verzeichnis „Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme“ entfernt. „Transsexualismus“ zählte hingegen noch immer zu den Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen. Erst mit der neuen Klassifizierung, welche im Juni 2018 verabschiedet wurde, wurde sie endlich gestrichen. Der neue Katalog muss bis 1. Januar 2022 in nationales Recht umgesetzt werden (https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/K/Konversionstherapieverbot_Kabinett.pdf).

Zudem bieten immer noch auch in Deutschland einige Organisationen „Behandlungen“ homosexueller, trans- und intergeschlechtlicher Menschen an. Das Ziel dieser unwissenschaftlichen und nachweisbar schädlichen Praktiken ist es, homosexuelle bzw. trans- oder intergeschlechtliche Menschen durch eine „Umpolungs-Therapie“ zur Änderung der sexuellen bzw. der Geschlechtsidentität zu „heilen“. Zahlreiche Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass die Folgen solcher Pseudotherapien Ängste, Isolation und Depressionen sind, die bis zum Suizid führen können (www.wma.net/policiespost/wma-statement-on-natural-variations-of-human-sexuality/). Daher hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erstmals 2013 einen Gesetzentwurf zum Verbot solcher Pseudotherapien eingebracht (Bundestagsdrucksache 17/12849). Dem folgte sechs Jahre später im Dezember 2019 auch die Bundesregierung und hat einen eigenen Entwurf dazu vorgelegt.

Trotz veränderter Rahmenbedingungen und einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz haben nach einer Umfrage aktuell nur 60 Prozent der Men-

schen in Deutschland keinerlei Probleme, wenn zwei Männer bzw. zwei Frauen sich in der Öffentlichkeit küssen. Verschiedengeschlechtliche Küsse werden dagegen von 82 Prozent akzeptiert (<https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2251>). Die Umfragezahlen zeigen zudem, dass viele Menschen in Deutschland noch größere Probleme mit trans- oder intergeschlechtlichen Menschen haben. Nur 50 Prozent der Befragten geben beispielsweise an, dass sie sich in Gegenwart einer transgeschlechtlichen Person wohl fühlen würden. Damit liegt Deutschland sogar unter dem EU-Schnitt.

Bei Jugendlichen ist die Situation nach Ansicht der Fragesteller besonders dramatisch. So machen immer noch 82 Prozent der lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen und 96 Prozent der transgeschlechtlichen Jugendlichen Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität (Krell/Oldemeier 2017: Coming-out – und dann...?!, Deutsches Jugendinstitut). Im Ergebnis ist das Suizidrisiko homosexueller Jugendlicher gegenüber heterosexuellen Altersgenoss*innen signifikant – nämlich um das Vier- bis Sechsfache – erhöht. Studien aus den USA, Kanada und Großbritannien belegen zudem, dass unter obdachlosen Jugendlichen besonders viele queere Jugendliche, nämlich rund 25 Prozent, zu finden sind (<http://williamsinstitute.law.ucla.edu/wp-content/uploads/Durso-Gates-LSBTI-Homeless-Youth-Survey-July-2012.pdf>).

Auf dem Arbeitsmarkt ist die Situation ebenfalls besorgniserregend. Im Job ist ein Drittel der LSBTI-Beschäftigten ungeoutet. Jede*r vierte LSBTI-Arbeitnehmer*in hat Erfahrungen mit Benachteiligung (s. Ergebnisse der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag des Berufsnetzwerks LinkedIn vom Juli 2019).

Das Trauma der Aidskrise hatte gerade für heute ältere Männer, die Sex mit Männern haben, negative Auswirkungen auf das eigene Körperbild (<https://magazin.hiv/2018/08/15/trauma-aids/>). Dies spiegelt sich auch im Umgang mit der eigenen sexuellen Gesundheit wider. Angebote zur Diagnostik oder Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten werden häufig nicht wahrgenommen. Die sexuelle Gesundheit von Frauen wird auch heute noch oft nur mit Schwangerschaftsverhütung assoziiert. So werden nach Ansicht der Fragesteller andere sexuelle Lebensrealitäten von Frauen negiert.

Die historische Erblast, aber auch die anhaltende Diskriminierung und Abwertung, mangelndes Wissen, das sich spezifisch auf die Belange von LSBTI bezieht, und die medizinische Unterversorgung verursachen, dass nach Ansicht der Fragesteller LSBTI durchschnittlich unter größerem Stress („minority stress“, <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29546228>) leben als der Bevölkerungsdurchschnitt. Sie entwickeln zudem überdurchschnittlich häufig Symptome psychischer Leiden, um Ausgrenzung, Benachteiligung und Leidensdruck zu kompensieren. Das wiederum begünstigt psychische wie psychosomatische Erkrankungen wie beispielsweise Essstörungen oder Substanzabhängigkeit.

Eine effektive Sozial- und Gesundheitspolitik muss nach Ansicht der Fragesteller die besondere Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen berücksichtigen und ihren speziellen Bedarfen Rechnung tragen. Eine umfassend gerechte Sozial- und Gesundheitspolitik strebt zudem die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung und Marginalisierung an. Bei allen Maßnahmen muss nach Ansicht der Fragesteller daher eine intersektionale Perspektive angenommen werden, um auch die spezifischen Belange von LSBTI of Color, mit Behinderung oder anderweitig von Mehrfachmarginalisierung betroffenen LSBTI zu berücksichtigen. Dazu ist nach Ansicht der Fragesteller eine umfassende und strukturierte Erfassung der sozialen und gesundheitlichen Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,

trans- und intergeschlechtlichen Menschen unter Berücksichtigung von Mehrfachmarginalisierung erforderlich.

Wir fragen die Bundesregierung:

Diskriminierung von LSBTI

1. Welche Regelungen im deutschen Recht gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, die Menschen aufgrund der sexuellen Identität direkt oder indirekt diskriminieren?
2. Welche Regelungen im deutschen Recht gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, die transgeschlechtliche Menschen direkt oder indirekt diskriminieren?
3. Welche Regelungen im deutschen Recht gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, die intergeschlechtliche Menschen direkt oder indirekt diskriminieren?
4. Welche Regelungen, die Menschen aufgrund der sexuellen Identität direkt oder indirekt diskriminieren, plant die Bundesregierung zu reformieren bzw. zu beseitigen?
Wie ist der Zeitplan dafür?
5. Welche Regelungen, die transgeschlechtliche Menschen direkt oder indirekt diskriminieren, plant die Bundesregierung zu reformieren bzw. zu beseitigen?
Wie ist der Zeitplan dafür?
6. Welche Regelungen, die intergeschlechtliche Menschen direkt oder indirekt diskriminieren, plant die Bundesregierung zu reformieren bzw. zu beseitigen?
Wie ist der Zeitplan dafür?
7. Welche hierzulande geltenden Regelungen in Bezug auf Lesben, Schwule oder Bisexuelle stehen nach Kenntnis der Bundesregierung in der Kritik der internationalen Organisationen, insbesondere des Europarates und der Vereinten Nationen?
8. Welche hierzulande geltenden Regelungen in Bezug auf transgeschlechtliche Menschen stehen nach Kenntnis der Bundesregierung in der Kritik der internationalen Organisationen, insbesondere des Europarates und der Vereinten Nationen?
9. Welche hierzulande geltenden Regelungen in Bezug auf intergeschlechtliche Menschen stehen nach Kenntnis der Bundesregierung in der Kritik der internationalen Organisationen, insbesondere des Europarates und der Vereinten Nationen?
10. Welche anderen Regelungen in Bezug auf Lesben, Schwule oder Bisexuelle plant die Bundesregierung zu reformieren?
Wie ist der Zeitplan dafür?
11. Welche anderen Regelungen in Bezug auf transgeschlechtliche Menschen plant die Bundesregierung zu reformieren?
Wie ist der Zeitplan dafür?
12. Welche anderen Regelungen in Bezug auf intergeschlechtliche Menschen plant die Bundesregierung zu reformieren?
Wie ist der Zeitplan dafür?

13. Hat die Bundesregierung eine Einschätzung der Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- oder intergeschlechtlichen Personen in der Bevölkerung in Deutschland, und gibt es Unterschiede der Akzeptanz nach Alter und Geschlecht der Befragten?

Auf welchen belastbaren Kenntnissen beruht diese Einschätzung?

14. Hat die Bundesregierung eine Einschätzung der Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- oder intergeschlechtlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, insbesondere an jugendspezifischen (Aus-)Bildungs- und Arbeitsorten?
15. Welche Auswirkung hat nach Kenntnis der Bundesregierung die bestehende rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung bzw. Ausgrenzung auf die soziale und gesundheitliche Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- oder intergeschlechtlichen Personen?
16. Welche speziellen Bedarfe (beispielsweise hinsichtlich therapeutischer Angebote) haben nach Kenntnis der Bundesregierung homo- und bisexuelle Männer und Frauen sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen, die von der staatlichen Verfolgung bzw. Diskriminierung direkt oder indirekt betroffen waren bzw. sind?
17. Welche speziellen Bedarfe haben nach Kenntnis der Bundesregierung LSBTI, die von „Konversionstherapien“ direkt betroffen waren und sind?
18. Plant die Bundesregierung einen Entschädigungsfonds oder andere ausgleichende Maßnahmen für LSBTI, die von „Konversionstherapien“ direkt betroffen waren und sind?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

19. Welche speziellen Bedarfe haben nach Kenntnis der Bundesregierung transgeschlechtliche Menschen, die sich aufgrund der inzwischen als grundgesetzwidrig beanstandeten Regelungen des Transsexuellengesetzes bis 2011 sterilisieren lassen mussten?
20. Plant die Bundesregierung einen Entschädigungsfonds oder andere ausgleichende Maßnahmen für transgeschlechtliche Menschen, die sich aufgrund der inzwischen als grundgesetzwidrig beanstandeten Regelungen des Transsexuellengesetzes bis 2011 sterilisieren lassen mussten?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

21. Welche speziellen Bedarfe haben nach Kenntnis der Bundesregierung intergeschlechtliche Menschen, die unter den Folgen von nicht medizinisch indizierten geschlechtsangleichenden oder -verändernden Operationen lebenslang leiden?
22. Plant die Bundesregierung einen Entschädigungsfonds oder andere ausgleichende Maßnahmen für intergeschlechtliche Menschen, die unter den Folgen von nicht medizinisch indizierten geschlechtsangleichenden oder -verändernden Operationen leiden?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

23. Welche Informationen hat die Bundesregierung über diskriminierende Erfahrungen von LSBTI in medizinischen Einrichtungen (Vertragsärzt*innen, Krankenhäuser, Heil- und Hilfsmittelerbringer*innen, Apotheken) insgesamt?

24. Welche Informationen hat die Bundesregierung über diskriminierende Erfahrungen speziell von trans- und intergeschlechtlichen Personen mit der gesetzlichen Krankenversicherung, privaten Krankenversicherungsunternehmen und dem Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen bzw. dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung?

Soziale Situation von LSBTI

25. Plant die Bundesregierung, die Sozialberichte der Bundesregierung um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität zu erweitern, wie das zum Beispiel in den USA schon der Fall ist, um mehr Erkenntnisse über die Lebenssituation von LSBTI zu erfahren?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

26. Plant die Bundesregierung, die Altenberichte der Bundesregierung dauerhaft um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität zu erweitern, wie im 7. Altenbericht erstmals geschehen?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

27. Plant die Bundesregierung, die Teilhabeberichte der Bundesregierung dauerhaft um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität zu erweitern?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

28. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung zu den Folgen von Diskriminierung am Arbeitsmarkt/Arbeitsplatz gegenüber LSBTI-Personen auf die gemittelten Einkommensunterschiede gegenüber der heterosexuellen Bevölkerung in Deutschland?

29. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Strafverfolgung und ihren Auswirkungen oder anderen möglichen Repressalien, die aufgrund anderer gesetzlicher oder gesellschaftlicher Faktoren als der Strafverfolgung entstanden sind, über die Erwerbsbiographie und daraus folgende Einkommenssituation von schwulen und bisexuellen Männern, die das Rentenalter bereits erreicht haben?

30. Hat die Gruppe schwuler oder bisexueller Männer im Rentenalter aus Sicht der Bundesregierung gegenüber heterosexuellen Männern im Rentenalter ein erhöhtes Armutsrisiko, und wenn ja, was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe hierfür?

31. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Strafverfolgung gemäß § 151 in der Deutschen Demokratischen Republik und dem bis 1977 in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten „Schuldprinzip“ bei Scheidungen mit Auswirkungen auf den Unterhalt oder anderen möglichen Repressalien, die aufgrund anderer gesetzlicher oder gesellschaftlicher Faktoren als der Strafverfolgung entstanden sind, über die Erwerbsbiographie und daraus folgende Einkommenssituation von lesbischen oder bisexuellen Frauen, die das Rentenalter bereits erreicht haben?

32. Hat die Gruppe lesbischer oder bisexueller Frauen im Rentenalter aus Sicht der Bundesregierung gegenüber dem Rest der Bevölkerung, insbesondere heterosexuellen Frauen im Rentenalter, ein erhöhtes Armutsrisiko, und wenn ja, was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe hierfür?
33. Haben transgeschlechtliche Menschen im Rentenalter aus Sicht der Bundesregierung gegenüber dem Rest der Bevölkerung im Rentenalter ein erhöhtes Armutsrisiko, und wenn ja, was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe hierfür?
34. Haben intergeschlechtliche Menschen im Rentenalter aus Sicht der Bundesregierung gegenüber dem Rest der Bevölkerung im Rentenalter ein erhöhtes Armutsrisiko, und wenn ja, was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe hierfür?
35. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Wohnungslosigkeit von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland, und wenn ja, welche?
36. Welche Erkenntnisse über Wohnungslosigkeit von erwachsenen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland hat die Bundesregierung?
37. Welche Erkenntnisse über Wohnungslosigkeit von sowohl jugendlichen als auch erwachsenen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in anderen Ländern hat die Bundesregierung?
38. Hat die Bundesregierung Kenntnis über spezifische Wohnangebote für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen im Alter, d. h. über 60 Jahre (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und nach Platzzahl für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen differenzieren)?
39. Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Bedarf an spezifischen Wohnangeboten für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen im Alter, z. B. erfasst über bestehende Wartelisten bei entsprechenden Projekten?
40. Welche Maßnahmen zur Sicherstellung von inklusiven und bezahlbaren Wohnmöglichkeiten für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen im Alter werden von der Bundesregierung getroffen?
41. Hat die Bundesregierung Kenntnis über spezifische Wohnangebote mit sozialpädagogischen Unterstützungsangeboten für junge Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und nach Platzzahl für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen differenzieren)?
42. Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Bedarf an spezifischen Wohnangeboten für junge Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen, z. B. erfasst über bestehende Wartelisten bei entsprechenden Projekten?
43. Hat die Bundesregierung Kenntnis über spezifische generationenübergreifende Wohnangebote für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und nach Platzzahl für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen differenzieren)?

44. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Aktivitäten der bundesweiten Interessenvertretungen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen im Alter politisch und finanziell abzusichern?
45. Warum bekamen die bundesweit agierenden LSBTI-Organisationen, wie z. B. der „Dachverband Lesben und Alter“ oder die „Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e. V.“, die von Länderebene nicht finanziert werden, aber neben der bundesweiten Interessenvertretung auch für die Bündelung und Professionalisierung von Gruppen in Flächenländern sorgen, bisher keine dauerhafte Finanzierung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (<https://www.bundeshaus.de/download/>)?
Ist eine derartige Finanzierung künftig geplant?
46. Welche Unterstützungsangebote (wie Jugendzentren oder Beratungsstellen) für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in ländlichen Regionen (bitte nach Bundesländern und Landkreisen differenzieren)?
47. Plant die Bundesregierung den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in ländlichen Regionen?
48. Welche Qualifizierungsmaßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren für die Personalräte, Gleichstellungsbeauftragten und Dienststellen der Bundesbehörden im Bereich der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt angeboten, und wie wurden sie genutzt?

Gesundheitliche Situation von LSBTI

Lesbische Mädchen und Frauen

49. Hat die Bundesregierung eine Einschätzung der grundsätzlichen gesundheitlichen Lage von lesbischen Mädchen und Frauen im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
50. Welche Zahlen zur Suizidalität bei lesbischen Mädchen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
51. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei lesbischen Mädchen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
52. Welche Zahlen zur Suizidalität bei lesbischen Frauen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
53. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei lesbischen Frauen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?

54. Welche Informationen hat die Bundesregierung in Bezug auf Suchterkrankungen bei lesbischen Mädchen und Frauen, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
55. Welche Zahlen zum Substanzmissbrauch bei lesbischen Mädchen und Frauen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
56. Welche Informationen in Bezug auf Konsum von sogenannten chemischen Drogen im Kontext ausgeübter Sexualität (Chem-Sex-Drogen) von lesbischen Frauen hat die Bundesregierung, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
57. Welche Informationen zum Ausmaß sexualisierter Gewalt gegenüber lesbischen Mädchen und Frauen und deren psychischen Folgen hat die Bundesregierung?
58. Welche Zahlen zu Suizidalität und Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei lesbischen Mädchen und Frauen in anderen Ländern liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
59. Welche Projekte fördert die Bundesregierung, um die Datenlage im Bereich Gesundheit bei lesbischen Mädchen und Frauen zu verbessern?
60. Welche spezifischen Projekte im Bereich lesbische Gesundheit und Prävention fördert die Bundesregierung?
61. Welche Projekte sind der Bundesregierung bekannt, die sich auf Beratung zu sexueller Gesundheit und Prävention und Diagnostik von sexuell übertragbaren Krankheiten bei Frauen fokussieren?
62. Inwieweit fördert die Bundesregierung Stellen, die diese Beratung und Diagnostik durch z. B. STI-Tests für Frauen anbieten?
63. Inwieweit fördert die Bundesregierung Programme und wissenschaftliche Arbeiten zu psychischen Erkrankungen, die bei lesbischen Mädchen und Frauen auftreten?
64. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv und unterstützend die psychische Gesundheit von lesbischen Mädchen und Frauen zu verbessern?
65. Plant die Bundesregierung durch Förderung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, den Diskriminierungsdruck zu lindern und damit die psychische Gesundheit von lesbischen Mädchen und Frauen zu verbessern, und welche finanziellen Mittel setzt sie dafür ein?
66. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv Substanzmissbrauch bei lesbischen Mädchen und Frauen entgegenzuwirken?
67. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob lesbische Frauen ein weitaus höheres Risiko haben, an Krebs zu erkranken als heterosexuelle Frauen (<https://www.wissensportal-lsbt.de/videoportal/ulrike-boehmer-krebserkrankungen-eine-ignorierte-epidemie-fuer-lesbische-bisexuelle-und-queere-frauen>), und wenn ja, worauf führt sie diese Beobachtung zurück, und welche Maßnahmen plant sie dagegen?

68. Unterliegen lesbische Frauen anderen Rahmenbedingungen bei der Versorgung und beim Zugang zu reproduktiver Gesundheit als heterosexuelle Frauen?
69. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Zugang von lesbischen Frauen zu Maßnahmen der assistierten Reproduktion sicherzustellen?
70. Plant die Bundesregierung, eine Koordinierungsstelle für Projekte und Vernetzungsarbeit für lesbische und bisexuelle Mädchen auf Bundesebene einzurichten, um deren speziellen Belange stärker in den Blick zu nehmen?

Wenn ja, wie ist der Zeitplan?

Wenn nein, warum nicht?

Schwule Jungen und Männer

71. Wie schätzt die Bundesregierung die grundsätzliche gesundheitliche Lage von schwulen Jungen und Männern im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung ein, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
72. Welche Zahlen zu Suizidalität bei schwulen Jungen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
73. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei schwulen Jungen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
74. Welche Zahlen zu Suizidalität bei schwulen Männern in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
75. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei schwulen Männern liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
76. Welche Informationen hat die Bundesregierung in Bezug auf Suchterkrankungen bei schwulen Jungen und Männern, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
77. Welche Informationen in Bezug auf Konsum von sogenannten Chem-Sex-Drogen von schwulen Männern hat die Bundesregierung, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
78. Welche Informationen zum Ausmaß sexualisierter Gewalt gegenüber schwulen Jungen und Männern und deren psychischen Folgen hat die Bundesregierung?
79. Welche Zahlen zu Suizidalität und Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei schwulen Jungen und Männern in anderen Ländern liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?

80. Welche Projekte fördert die Bundesregierung, um die Datenlage im Bereich Gesundheit bei schwulen Jungen und Männern zu verbessern?
81. Welche spezifischen Projekte im Bereich schwule Gesundheit und Prävention fördert die Bundesregierung?
82. Inwieweit fördert die Bundesregierung Programme und wissenschaftliche Arbeiten zu psychischen Erkrankungen, die bei schwulen Jungen und Männern auftreten?
83. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv und unterstützend die psychische Gesundheit von schwulen Jungen und Männern zu verbessern?
84. Plant die Bundesregierung durch Förderung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, den Diskriminierungsdruck zu lindern und damit die psychische Gesundheit von schwulen Jungen und Männern zu schützen, und welche finanziellen Mittel setzt sie dafür ein?
85. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv Substanzmissbrauch bei schwulen Jungen und Männern entgegenzuwirken?
86. Inwieweit plant die Bundesregierung, Drug-Checking-Programme zu initiieren, um den Gesundheitsschutz zu stärken, indem Begleitrisiken des ohnehin stattfindenden Drogenkonsums minimiert werden, anonyme Beratung durchgeführt und Risikoaufklärung betrieben wird?
87. Welche Angebote der Suchthilfe gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, die auf schwule Lebensstile und Biographien ausgerichtet sind und die vor diesem Hintergrund insbesondere zum intravenösen Substanzgebrauch (Slammen) von Crystal Meth und anderen Substanzen im Kontext mann-männlicher Sexualität beraten?
88. Inwieweit plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Studie „Angebote zur Beratung, Diagnostik und Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen“ des Bundesministeriums für Gesundheit (https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Praevention/Broschueren/Strategie_BIS_2030_HIV_HEP_STI.pdf, <https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/S/STI/STD.html>), wonach Angebote zur Beratung, Diagnostik und Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen teilweise nicht ausreichend bekannt, in einzelnen Regionen bisher nicht vorhanden und für die Gruppe der Männer, die Sex mit Männern haben, nicht ausreichend ausgebaut sind, niedrigschwellige Testangebote finanziell zu stützen, um diesen Menschen einen einfachen Zugang zu Testangeboten zu ermöglichen?
89. Spricht sich die Bundesregierung dafür aus, Selbsttests auf HIV und Eitestests auf andere sexuell übertragbaren Infektionen für Teile der Bevölkerung, die epidemiologisch besonderen Risiken ausgesetzt sind, zu subventionieren?
90. Ist der Bundesregierung das Problem bekannt, dass ältere Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), aufgrund traumatischer Erfahrungen aus der Aidskrise, internalisierter Homonegativität und damit einhergehend einem Ausblenden der eigenen sexuellen Gesundheit kaum bzw. seltener Testangebote zur Diagnostik und Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen wahrnehmen bzw. sich testen lassen (<https://www.pinknews.co.uk/2019/08/09/homophobia-1980s-linked-reluctance-hiv-testing-study/?fbclid=IwAR1raeWdXjUpEK7alC9fCNUqjKLpruZCsYu1F-t62o3-KbiVgwzytmAQu8w>), und wenn ja, was unternimmt sie dagegen?

91. Plant die Bundesregierung eine Studie zu diesem Thema, um die Forschungslücken zur Gesundheit der Altersgruppe der MSM über 45 Jahre zu füllen?
92. Wie bewertet die Bundesregierung, dass sich die Kassenfinanzierung zur PrEP (Präexpositionsprophylaxe zum Schutz vor HIV) bisher nur auf die gesetzlichen Krankenkassen beschränkt?
93. Was gedenkt die Bundesregierung gegen die großen Versorgungspässe durch das Sinken der Zahl der Ärzt*innen, die PrEP verschreiben dürfen (https://www.queer.de/detail.php?article_id=34379; <https://www.iwwit.de/prep/kosten-woher-prep-bekommen>) zu tun, die sich durch die geänderten Rahmenbedingungen im Zuge der Kassenfinanzierung ergeben?
94. Plant die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass Studien darauf hinweisen, dass extrem gehäuft Menschen mit HIV von HPV-bedingten Krebsarten betroffen sind (Referenzen: Dr. Stephan Braun/Münster, Prof. Dr. Alexander Kreuter/Oberhausen) und eine Impfung das Risiko von Rezidiven verringern kann (<https://www.bionity.com/de/news/119330/pillomviren-verursachen-schnell-wachsenden-krebs.html>), eine kostenfreie Impfung für diese Zielgruppe?

Bisexuelle Menschen

95. Sind der Bundesregierung Daten über den Anteil bisexueller Menschen an der Bevölkerung in Deutschland bekannt?
96. Wie schätzt die Bundesregierung die grundsätzliche gesundheitliche Lage von bisexuellen Menschen im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung ein, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
97. Welche Zahlen zur Suizidalität bei bisexuellen Mädchen und Jungen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
98. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei bisexuellen Mädchen und Jungen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
99. Welche Zahlen zur Suizidalität bei bisexuellen Erwachsenen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
100. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei bisexuellen Erwachsenen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
101. Welche Informationen hat die Bundesregierung in Bezug auf Suchterkrankungen bei bisexuellen Jugendlichen und Erwachsenen, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?

102. Welche Zahlen zum Substanzmissbrauch bei bisexuellen Menschen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
103. Welche Projekte sind der Bundesregierung bekannt, die sich auf Beratung zu sexueller Gesundheit und Prävention und Diagnostik von sexuell übertragbaren Krankheiten bei bisexuellen Menschen fokussieren?
104. Inwieweit fördert die Bundesregierung Stellen, die diese Beratung und Diagnostik durch z. B. STI-Tests für bisexuelle Menschen anbieten?
105. Welche Informationen in Bezug auf Konsum von sogenannten Chem-Sex-Drogen von bisexuellen Erwachsenen hat die Bundesregierung, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
106. Welche Informationen zum Ausmaß sexualisierter Gewalt gegenüber bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen und deren psychischen Auswirkungen hat die Bundesregierung?
107. Welche Zahlen zur Suizidalität und Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen in anderen Ländern liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
108. Welche Projekte fördert die Bundesregierung, um die Datenlage im Bereich Gesundheit bei bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen zu verbessern?
109. Welche spezifischen Projekte im Bereich Gesundheit bisexueller Menschen und Prävention fördert die Bundesregierung?
110. Inwieweit fördert die Bundesregierung Programme und wissenschaftliche Arbeiten zu psychischen Erkrankungen, die bei bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen auftreten?
111. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv unterstützend die psychische Gesundheit von bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen zu verbessern?
112. Plant die Bundesregierung durch Förderung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, den Diskriminierungsdruck zu lindern und damit die psychische Gesundheit von bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen zu schützen, und wie viel finanzielle Mittel setzt sie dafür ein?
113. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv Substanzmissbrauch bei bisexuellen Mädchen, Jungen und Erwachsenen entgegenzuwirken?

Transgeschlechtliche Menschen

114. Wie schätzt die Bundesregierung die grundsätzliche gesundheitliche Lage von transgeschlechtlichen Menschen im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung ein, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
115. Welche Zahlen zur Suizidalität bei transgeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?

116. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei transgeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
117. Welche Zahlen zur Suizidalität bei transgeschlechtlichen Erwachsenen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
118. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei transgeschlechtlichen Erwachsenen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
119. Welche Informationen hat die Bundesregierung in Bezug auf Suchterkrankungen bei transgeschlechtlichen Jugendlichen und Erwachsenen, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
120. Welche Zahlen zum Substanzmissbrauch bei transgeschlechtlichen Menschen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
121. Welche Informationen in Bezug auf Konsum von sogenannten Chem-Sex-Drogen von transgeschlechtlichen Erwachsenen hat die Bundesregierung, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
122. Welche Projekte sind der Bundesregierung bekannt, die sich auf Beratung zu sexueller Gesundheit und Prävention und Diagnostik von sexuell übertragbaren Krankheiten bei transgeschlechtlichen Menschen fokussieren?
123. Inwieweit fördert die Bundesregierung Stellen, die diese Beratung und Diagnostik durch z. B. STI-Tests für transgeschlechtliche Menschen anbieten?
124. Welche Informationen zum Ausmaß sexualisierter Gewalt gegenüber transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und deren psychischen Folgen hat die Bundesregierung?
125. Liegen der Bundesregierung Daten zum Themenfeld transgeschlechtliche Menschen und HIV vor?
126. Welche Zahlen zur Suizidalität und Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in anderen Ländern liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
127. Welche Projekte fördert die Bundesregierung, um die Datenlage im Bereich Gesundheit bei transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu verbessern?
128. Welche spezifischen Projekte im Bereich Gesundheit transgeschlechtlicher Menschen und Prävention fördert die Bundesregierung?
129. Inwieweit fördert die Bundesregierung Programme und wissenschaftliche Arbeiten zu psychischen Erkrankungen, die bei transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auftreten?

130. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv unterstützend die psychische Gesundheit von transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu verbessern?
131. Plant die Bundesregierung durch Förderung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, den Diskriminierungsdruck zu lindern und damit die psychische Gesundheit von transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu schützen, und in welcher Höhe setzt sie finanzielle Mittel dafür ein?
132. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv Substanzmissbrauch bei transgeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen entgegenzuwirken?
133. Welche der diskutierten Maßnahmen wurden von der Bundesregierung seit dem Fachaustausch des BMFSFJ zum Thema „Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für transsexuelle/trans* Menschen und ihre Angehörigen in verschiedenen Lebenssituationen“ im Juni 2016 ergriffen?
134. Welche spezialisierten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für transgeschlechtliche Erwachsene sind seit Juni 2016 neu hinzugekommen (bitte nach Bundesländern und Finanzierungsart auflisten)?
135. Welche spezialisierten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für transgeschlechtliche Kinder und Jugendliche sind seit Juni 2016 neu hinzugekommen (bitte nach Bundesländern und Finanzierungsart auflisten)?
136. Hat die Bundesregierung Informationen über die derzeitigen Wartezeiten bei für transgeschlechtliche Kinder und Jugendliche spezialisierten Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen, und hält die Bundesregierung die Anzahl der für transgeschlechtliche Kinder und Jugendliche spezialisierten Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen für ausreichend?
137. Welche spezialisierten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für transgeschlechtliche Menschen im Alter sind seit Juni 2016 neu hinzugekommen (bitte nach Bundesländern und Finanzierungsart auflisten)?
138. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Entwicklung es seit Juni 2016 hinsichtlich Qualitätsstandards bezogen auf die Qualifizierung im Sinne eines fachlich fundierten, akzeptierenden und unterstützenden Angebots in Bezug auf die Arbeit mit transgeschlechtlichen Menschen unterschiedlicher Altersstufen und Lebenslagen bei Beratungsstellen und psychotherapeutischen Angeboten gibt?
139. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über von sexuell übertragbaren Krankheiten betroffene transgeschlechtliche Erwachsene vor?
140. Hat die Bundesregierung sich seit Juni 2016 über gute Praktiken der Peer-Beratung (peer = transgeschlechtliche Personen zu transgeschlechtlichen Personen, Eltern von transgeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen zu Eltern von transgeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen) oder professionalisierten Beratung für transgeschlechtliche Menschen in anderen Ländern informiert?
Wenn ja, welche Erkenntnisse hat sie daraus gewonnen?
Wenn nein, warum nicht?
141. Welche Maßnahmen zu Peer-Beratungsangeboten fördert die Bundesregierung aktuell, und welche Maßnahmen sind in Planung?

142. Inwieweit unterstützt die Bundesregierung das Thema Transgeschlechtlichkeit bereits als Ausbildungsinhalt von therapeutischem, medizinischem und pflegerischem Personal wie z. B. Krankenpfleger*innen, Physiotherapeut*innen und Rettungssanitäter*innen zu integrieren?
143. Welche fakultativen oder verpflichtenden Aus- oder Weiterbildungsangebote zur Arbeit mit transgeschlechtlichen Menschen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für in Erziehung, sozialer Arbeit, Heilerziehungs-, Kranken- und Altenpflege Tätige?
144. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, damit der diskriminierungsfreie Zugang zu Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen gewährleistet wird, u. a. durch die Umsetzung der ICD-11 der WHO und Ersatz der MDS-Richtlinien Transsexualität (2009) für transgeschlechtliche Kinder, Jugendliche und Erwachsene?

Intergeschlechtliche Menschen

145. Wie schätzt die Bundesregierung die grundsätzliche gesundheitliche Lage von intergeschlechtlichen Menschen im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung ein, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
146. Welche Zahlen zur Suizidalität bei intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
147. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
148. Welche Zahlen zur Suizidalität bei intergeschlechtlichen Erwachsenen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
149. Welche Zahlen zur Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei intergeschlechtlichen Erwachsenen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
150. Welche Informationen hat die Bundesregierung in Bezug auf Suchterkrankungen bei intergeschlechtlichen Jugendlichen und Erwachsenen, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
151. Welche Zahlen zum Substanzmissbrauch bei intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland liegen der Bundesregierung vor, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
152. Welche Informationen in Bezug auf Konsum von sogenannten Chem-Sex-Drogen von intersexuellen Erwachsenen hat die Bundesregierung, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
153. Welche Projekte sind der Bundesregierung bekannt, die sich auf Beratung zu sexueller Gesundheit und Prävention und Diagnostik von sexuell übertragbaren Krankheiten bei intergeschlechtlichen Menschen fokussieren?

154. Inwieweit fördert die Bundesregierung Stellen, die diese Beratung und Diagnostik durch z. B. STI-Tests für intergeschlechtliche Menschen anbieten?
155. Welche Informationen zum Ausmaß sexualisierter Gewalt gegenüber intergeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und deren psychischen Folgen hat die Bundesregierung?
156. Welche Zahlen zur Suizidalität und Erkrankungsrate an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bei intergeschlechtlichen Menschen in anderen Ländern liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Diagnose aufschlüsseln), und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung mit fortbestehenden Diskriminierungen und Anfeindungen?
157. Welche Projekte fördert die Bundesregierung, um die Datenlage im Bereich Gesundheit bei intergeschlechtlichen Menschen zu verbessern?
158. Welche spezifischen Projekte im Bereich Gesundheit intergeschlechtlicher Menschen und Prävention fördert die Bundesregierung?
159. Inwieweit fördert die Bundesregierung Programme und wissenschaftliche Arbeiten zu psychischen Erkrankungen, die bei intergeschlechtlichen Menschen auftreten?
160. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv unterstützend die psychische Gesundheit von intergeschlechtlichen Menschen zu verbessern?
161. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die jährliche Anzahl fremdbestimmter, geschlechtszuweisender Operationen an intergeschlechtlichen Kleinkindern vor?
162. Plant die Bundesregierung, den Zugang zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei selbstbestimmten geschlechtsangleichenden Maßnahmen unabhängig von der Diagnose „Variante der geschlechtlichen Entwicklung“ zu verbessern?
163. Plant die Bundesregierung durch Förderung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, den Diskriminierungsdruck zu lindern und damit die psychische Gesundheit von intergeschlechtlichen Menschen zu schützen, und wie viel finanzielle Mittel setzt sie dafür ein?
164. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um präventiv Substanzmissbrauch bei intergeschlechtlichen Menschen entgegenzuwirken?
165. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Peer-Beratungsangebote (peer = intergeschlechtlich zu intergeschlechtlich, Eltern von intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen zu Eltern von intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen) zu fördern?

Rassismus

166. Welche Daten zu LSBTI of Color liegen der Bundesregierung vor?
167. Welche Informationen zu Unterstützungsangeboten für LSBTI of Color im sozialen und gesundheitlichen Bereich liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
168. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Unterstützungsangebote im sozialen und gesundheitlichen Bereich für LSBTI of Color auszubauen?

169. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu rassistischer Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI of Color in Deutschland, insbesondere in Zusammenhang mit staatlichen Institutionen und Behörden?
170. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu rassistischer Diskriminierung gegen LSBTI of Color durch die Polizei, insbesondere auch mit Blick auf die Polizei als Anlaufstelle für Betroffene von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen?
171. Mit welchen Maßnahmen bekämpft die Bundesregierung rassistische Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI of Color in Deutschland?
172. Welche Informations- und Aufklärungsmaßnahmen zur Präexpositionsprophylaxe ergreift die Bundesregierung, um Menschen, die Rassismus erfahren, zielgruppengerecht zu erreichen?

LSBTI mit Migrations- und Fluchtgeschichte

173. Welche Daten zu LSBTI mit Migrationsgeschichte liegen der Bundesregierung vor?
174. Welche Informationen zu Unterstützungsangeboten im sozialen und gesundheitlichen Bereich für LSBTI mit Migrationsgeschichte liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
175. Welche Projekte und Programme mit welchen Zielen fördert die Bundesregierung im sozialen und gesundheitlichen Bereich von LSBTI mit Migrationsgeschichte (bitte nach Bundesländern, Projektträgern, Projektlaufzeit und Höhe der Mittel aufschlüsseln)?
176. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Unterstützungsangebote im sozialen und gesundheitlichen Bereich für LSBTI mit Migrationsgeschichte auszubauen?
177. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung Migrant*innenselbstorganisationen in ihrer Arbeit mit LSBTI (bitte nach Bundesministerium und Höhe der Mittel aufschlüsseln)?
178. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, flächendeckend einen barrierearmen und bedarfsgerechten Zugang zu HIV-Testmöglichkeiten und gesundheitlichen Informationen zu den Themen HIV und sexuell übertragbare Krankheiten erhalten?
179. Plant die Bundesregierung, mehrsprachige und kultursensible Informationsmaterialien für die PrEP zu entwickeln?
Falls ja, in welchen Sprachen?
Falls nein, warum nicht?
180. Inwieweit wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Zugang zur PrEP für Menschen, die über keinen Aufenthaltstitel verfügen, gesichert?
181. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Schutz von LSBTI mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Bezug auf den Schutz vor sexuellem Missbrauch?

LSBTI mit Behinderungen

182. Welche Daten zu LSBTI mit Behinderungen liegen der Bundesregierung vor?
183. Welche Informationen zu Unterstützungsangeboten für LSBTI mit Behinderungen liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
184. Welche Informationen zu Unterstützungsangeboten für LSBTI mit kognitiven Beeinträchtigungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
185. Welche Projekte und Programme mit welchen Zielen fördert die Bundesregierung im sozialen und gesundheitlichen Bereich von LSBTI mit Behinderungen (bitte nach Bundesländern, Projektträgern, Projektlaufzeit und Höhe der Mittel aufschlüsseln)?
186. Sind der Bundesregierung Wohnprojekte für LSBTI mit Behinderungen und/oder Pflegebedarfen bekannt?
Wenn ja, welche, und inwiefern unterstützt die Bundesregierung solche Angebote?
187. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung Selbstvertretungs- und Selbsthilfeorganisationen behinderter Menschen in ihrer Arbeit mit LSBTI (bitte nach Bundesministerium und Höhe der Mittel aufschlüsseln)?
188. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung Organisationen der Behindertenhilfe und (Sozial-)Psychiatrie in ihrer Arbeit mit LSBTI (bitte nach Ministerium und Höhe der Mittel aufschlüsseln)?
189. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI mit Behinderungen in Deutschland, insbesondere in Zusammenhang mit staatlichen Institutionen und Behörden?
190. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu Diskriminierung gegen LSBTI mit Behinderungen durch die Polizei, insbesondere auch mit Blick auf die Polizei als Anlaufstelle für Betroffene von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen?
191. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass Menschen, die in Deutscher Gebärdensprache kommunizieren oder Informationen in Leichter Sprache benötigen, flächendeckend einen barrierearmen und bedarfsgerechten Zugang zu HIV-Testmöglichkeiten und gesundheitlichen Informationen zu den Themen HIV und sexuell übertragbare Krankheiten erhalten?
192. Welche Informations- und Aufklärungsmaßnahmen zur PrEP ergreift die Bundesregierung, um Menschen, die in Deutscher Gebärdensprache kommunizieren oder Informationen in Leichter Sprache benötigen, zielgruppengerecht zu erreichen?
193. Plant die Bundesregierung, Informationsmaterialien für die PrEP in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache zu entwickeln?
Falls nein, warum nicht?
194. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Schutz von LSBTI mit Behinderungen in Bezug auf den Schutz vor sexuellem Missbrauch, insbesondere in Einrichtungen der Behindertenhilfe, (Sozial-)Psychiatrie und Langzeitpflege?
195. Falls der Bundesregierung keine Informationen zu dieser Thematik vorliegen, welche Studien plant sie, um Erkenntnisse dazu zu erlangen?

196. Welche zusätzlichen Hindernisse sieht die Bundesregierung beim Zugang von transgeschlechtlichen Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen beim Zugang zu geschlechtsanpassenden Behandlungen, und was plant sie, um diese zu beseitigen?
197. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass LSBTI laut amerikanischem Alzheimer-Verband ein erhöhtes Demenzrisiko aufweisen (<https://metro.co.uk/2019/07/15/people-from-LSBTIq-communities-may-be-more-likely-to-have-memory-problems-10318049/>), und inwiefern wird dies in der Demenzstrategie der Bundesregierung berücksichtigt?
198. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Unterstützungsangebote im sozialen und gesundheitlichen Bereich für LSBTI mit Behinderungen auszubauen?
199. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Unterstützungsangebote im sozialen und gesundheitlichen Bereich für LSBTI mit kognitiven Beeinträchtigungen auszubauen?

Gruppenübergreifend

200. Inwieweit unterstützt die Bundesregierung, dass Themen wie Homosexualität, Bisexualität, Transgeschlechtlichkeit und Intergeschlechtlichkeit als Ausbildungs- oder Studieninhalt im künftigen Psychotherapiestudiengang oder in der Weiterbildung von Psychotherapeut*innen im Erwachsenenbereich sowie für den Bereich der Kinder und Jugendlichen zu integrieren?
201. Inwiefern wird die Bundesregierung im Hinblick auf die verabschiedete Reform der Psychotherapeut*innenausbildung und der derzeitigen Erstellung der Approbationsordnung darauf hinwirken, dass die zielgruppenspezifische Versorgung von LSBTI im Studium sowie in der daran anschließenden Weiterbildung berücksichtigt und gelehrt wird?
202. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Grundlagenforschung im Bereich der Psychologie und den Aspekten der sexuellen Identitätsfindung zu unterstützen, um pathologisierende Modelle zu überwinden?
203. Inwieweit unterscheidet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die gesundheitliche Versorgungslage (sowohl ambulant als auch stationär) von LSBTI und der Allgemeinbevölkerung, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
204. Welche Daten und Erkenntnisse hat die Bundesregierung in Bezug auf Gesundheitsprävention im Sinne von Gesundheitsselbsthilfe für die Zielgruppe der LSBTI?
205. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Senior*innengruppen für LSBTI gezielt zu Angeboten zu Gesundheitsthemen und einem aktiven Altern in Gesundheit, Autonomie und Mitverantwortlichkeit zu unterstützen bzw. welche Pläne hat sie dazu?
206. Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, inwiefern LSBTI-sensible Pflege bereits unter ambulanten Pflegediensten und in stationären Pflegeeinrichtungen verbreitet ist, etwa durch die Anzahl der Verleihungen des Siegels „Lebensort Vielfalt“ oder andere Informationsquellen?

207. Wird das Vorhandensein LSBTI-sensibler Pflege durch die neuen Qualitätsindikatoren für Pflegeeinrichtungen („Pflege-TÜV“) erhoben, und wenn nicht, was plant die Bundesregierung, um einen Überblick über die Verbreitung LSBTI-sensibler Pflege in Deutschland zu gewinnen?
208. Was unternimmt die Bundesregierung, um LSBTI-sensible Pflege zu unterstützen und möglichst flächendeckend in Deutschland zu verankern?
209. Hat die Bundesregierung Pläne, speziell geschulte Ansprechpersonen auf Bundesebene bei Polizei und Kriminalbehörden für Opfer homo- und transfeindlicher Gewalt und Diskriminierung bereitzustellen?
- Wenn ja, wie ist der Zeitplan?
- Wenn nein, warum nicht?
210. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Konzepte zu Haft und Haftbedingungen für LSBTI, sexualisierte Gewalt in der Haft und Fortbildungen/Sensibilisierung für das Personal in Haftanstalten in Bezug auf LSBTI?

Berlin, den 14. Januar 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

